



## Abgleich der DBwV-Erwartungen an eine neue Bundesregierung mit dem zwischen Union und SPD ausgehandelten Koalitionsvertrag

(Stand: 7.2.2018 / V2b)

Seit Monaten arbeitet der DBwV daran, dass wichtige Entscheidungen für die Bundeswehr im Koalitionsvertrag festgeschrieben werden. Dieser ist nun zwischen Union und SPD verhandelt worden und wird, vorbehaltlich der Zustimmung der SPD-Mitglieder, Grundlage des Regierungshandelns in den nächsten vier Jahren sein.

Nachfolgend eine erste Übersicht über die DBwV-Erwartungen an eine neue Bundesregierung, die sich im vorliegenden Koalitionsvertrag wiederfinden. Wesentlich sind Signalwörter, die für wichtige Vorhaben stehen. Für den DBwV kommt es nun darauf an, dass die damit verbundenen Absichten im Sinne seiner verbandspolitischen Zielsetzungen umgesetzt werden.

<p><u>DBwV-Forderung:</u></p> <p>Fortsetzung der <b>eingeleiteten Trendwenden</b> Personal und Ausrüstung mit der dafür notwendigen finanziellen Unterlegung, die deutlich über den 51. Finanzplan des Bundes hinausgehen muss. Die <b>Personalstrategie</b> bedarf nicht nur der gedanklichen Fortentwicklung, sondern der tatsächlichen Umsetzung. Das Bestandspersonal als hochmotiviertes und die Trendwenden tragendes Personal muss dabei im Fokus stehen.</p>	
<p><u>KV-Formulierung:</u></p> <p>Z. 6842-6844: „Wir wollen die [...] <b>zur Verfügung stehenden Mittel deutlich stärken</b>, um die immensen internationalen Herausforderungen zu bewältigen.“</p> <p>Z. 6868-6875: „Diese Erhöhungen dienen der <b>Schließung von Fähigkeitslücken der Bundeswehr</b> und der <b>Stärkung der europäischen Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich</b> [...]. Deutschland wird verbindlich mit dieser Haushaltspolitik und der Koppelung von Verteidigungsausgaben und ODA-quotenfähigen Ausgaben sowohl dem <b>Zielkorridor der Vereinbarungen in der NATO</b> folgen [...].“</p>	

Für  
unsere  
Mitglieder!

<p>Z. 7000-7001: „Wir wollen die vereinbarten <b>NATO-Fähigkeitsziele</b> erreichen und Fähigkeitslücken schließen.“</p> <p>Z. 7456-7457: „Hierzu werden wir die in der Bundeswehr eingeleiteten <b>Trendwenden Personal, Material und Finanzen konsequent fortführen.</b>“</p> <p>Z. 7497-7492: „Wir werden [...] die Gedanken der Agenda Attraktivität und die <b>Personalstrategie</b> der Bundeswehr weiterentwickeln [...].“</p> <p>Z. 7560-7562: „Wir werden neben der <b>Sicherstellung der nachhaltigen Finanzierung der Bundeswehr</b> die notwendigen Voraussetzungen schaffen zur Gewährleistung überjähriger Planungs- und Finanzierungssicherheit für Rüstungsinvestitionen.“</p>	
--	--

<p><u>DBwV-Forderung:</u></p> <p>Fortsetzung der <b>Agenda Attraktivität</b>, unter anderem in Form einer Stärkung der Betreuung.</p>	
<p><u>KV-Formulierung:</u></p> <p>Z. 7450-7453: „Damit die Bundeswehr die ihr erteilten Aufträge [...] erfüllen kann, werden wir den Soldatinnen und Soldaten die bestmögliche [...] <b>Betreuung</b> zur Verfügung stellen [...].“</p> <p>Z. 7497-7498: „Wir werden [...] die Gedanken der <b>Agenda Attraktivität</b> [...] der Bundeswehr weiterentwickeln und ihre Wettbewerbsfähigkeit steigern.“</p>	

<p><u>DBwV-Forderung:</u></p> <p>Zeitgemäße <b>Weiterentwicklung des Dienst- und Laufbahnrechts der Soldaten und zivilen Beschäftigten</b>. Für eine moderne Personalentwicklung müssen die Laufbahnen durchlässiger werden. Darüber hinaus bedarf es einer Weiterentwicklung des Statusmodells „Berufssoldat“ mit unterschiedlichen zeitlichen Reichweiten innerhalb aller Laufbahnen.</p>	
<p><u>KV-Formulierung:</u></p> <p>Z. 7500-7503: „Wo dies gesetzgeberisches Handeln erfordert, werden wir noch in diesem Jahr einen Gesetzentwurf [...] mit dem Ziel vorlegen, [...] das <b>Dienstrecht zu flexibilisieren</b> [...].“</p>	

<p><u>DBwV-Forderung:</u></p> <p>Die besonderen und allgemeinen <b>Altersgrenzen der Berufssoldaten</b> dürfen nicht pauschal angehoben werden. Nur so kann eine Überalterung verhindert werden und die Einsatzfähigkeit der Streitkräfte erhalten bleiben.</p>	
<p><i>Entgegen ursprünglicher Planungen gibt es keinen Satz im Koalitionsvertrag, der eine Anhebung der Altersgrenzen zum Regierungsprogramm macht.</i></p>	

<p><u>DBwV-Forderung:</u></p> <p>Erneuerung und Anpassung des <b>Besoldungs- und Vergütungswesens</b>, idealerweise in Form einer Besoldungsordnung S. Hier liegt einer der Schlüssel, um die Menschen der Bundeswehr aufgaben- und verantwortungsgerecht zu besolden, aber auch, um auf dem Arbeitsmarkt wieder konkurrenzfähig zu werden.</p>	
<p><u>KV-Formulierung:</u></p> <p>Z. 7500-7503: „Wo dies gesetzgeberisches Handeln erfordert, werden wir noch in diesem Jahr einen Gesetzentwurf [...] mit dem Ziel vorlegen, die <b>Gehalts- und Besoldungsstrukturen wettbewerbsgerecht zu gestalten</b> [...].“</p>	

<p><u>DBwV-Forderung:</u></p> <p>Beseitigung aller <b>Benachteiligungen für ausscheidende Soldaten auf Zeit</b> beim Zugang zur gesetzlichen Krankenversicherung. Versorgungslücken sind bei den Bundeswehr-Angehörigen und ihren Familien zu beseitigen.</p>	
<p><u>KV-Formulierung:</u></p> <p>Z. 7500-7508: „Wo dies gesetzgeberisches Handeln erfordert, werden wir noch in diesem Jahr einen Gesetzentwurf [...] mit dem Ziel vorlegen, [...] eine bessere soziale Absicherung von Bundeswehrangehörigen, insbesondere auch beim <b>Zugang zur Gesetzlichen Krankenversicherung nach Ende der Dienstzeit von Soldatinnen und Soldaten auf Zeit</b> zu erreichen und dadurch <b>Versorgungslücken zu schließen</b> und die Berufsförderung zu stärken.“</p> <p>Z. 7519-7522: „Die <b>Verantwortung des Dienstherrn</b>, dem die Soldatinnen und Soldaten durch einen Diensteid ein Leben lang verbunden sind, <b>endet nicht mit ihrem Ausscheiden aus der Bundeswehr</b>. Dies gilt gleichermaßen für die <b>engsten Angehörigen</b> der Soldatinnen und Soldaten, die im Einsatz für unser Land zu Schaden gekommen sind.“</p>	

<p><u>DBwV-Forderung:</u></p> <p>Hoher <b>Mobilität</b> der Menschen der Bundeswehr gerecht werden. Keine Berufsgruppe unterliegt höheren Anforderungen. Durch eine Anpassung der umzugs- und reisekostenrechtlichen Regelungen an die Realitäten von heute muss dem Rechnung getragen werden.</p>	
<p><u>KV-Formulierung:</u></p> <p>Z. 7500-7504: „Wo dies gesetzgeberisches Handeln erfordert, werden wir noch in diesem Jahr einen Gesetzentwurf [...] mit dem Ziel vorlegen, [...] die <b>mit den hohen Mobilitätsanforderungen verbundenen hohen Belastungen besser auszugleichen</b> [...].“</p>	

<p><u>DBwV-Forderung:</u></p> <p>Verbesserte <b>Fürsorge durch die umfassende Behandlung von körperlichen und seelischen Einsatzfolgen</b> – auch nach Ausscheiden aus dem Dienst. Der Dienstherr muss die Folgen von Verwundungen für das Umfeld von Betroffenen berücksichtigen und die Angehörigen in die Behandlung einschließen, WDB-Verfahren sind zu beschleunigen.</p>	
<p><u>KV-Formulierung:</u></p> <p>Z. 7519-7524: „Die <b>Verantwortung des Dienstherrn</b>, dem die Soldatinnen und Soldaten durch einen Diensteid ein Leben lang verbunden sind, <b>endet nicht mit ihrem Ausscheiden aus der Bundeswehr</b>. Dies gilt gleichermaßen für die <b>engsten Angehörigen</b> der Soldatinnen und Soldaten, die im Einsatz [...] zu Schaden gekommen sind. Dazu gehört auch, dass <b>Anträge auf Wehrdienstbeschädigung [...] schnell und unbürokratisch</b> bearbeitet werden.“</p>	

<p><u>DBwV-Forderung:</u></p> <p>Fortsetzung des <b>Weißbuchprozesses</b> durch Umsetzung der Vorgaben und entsprechende Ableitungen durch alle Ressorts der neuen Bundesregierung. Alle Missionen der Bundeswehr müssen mit einem <b>sicherheitspolitischen Gesamtkonzept</b> unterlegt sein. <b>Zwischenberichte</b> und eine <b>Evaluierung</b> jeder Mission sind zu etablieren.</p>	
<p><u>KV-Formulierung:</u></p> <p>Z. 6806-6810: „Gemeinsam [...] verfolgen wir einen umfassenden und <b>vernetzten Ansatz</b>. [...] In diesem Rahmen bleibt die Bundeswehr – wie im <b>Weißbuch</b> von 2016 dargelegt – ein unverzichtbarer Bestandteil deutscher Sicherheitspolitik.“</p> <p>Z. 6853-6854: „Aber wir verfolgen dabei auch <b>ein umfassendes Konzept</b> für Sicherheit.“</p>	

<p>Z. 7462-7463: „Auslandseinsätze der Bundeswehr erfolgen stets <b>im Rahmen eines politischen Konzepts</b>, das fortlaufender <b>Evaluierung</b> unterliegt.“</p>	
<p><u>DBwV-Forderung:</u></p> <p>Bewahrung des <b>Parlamentsvorbehalts</b>. Regelmäßige Debatten zur sicherheitspolitischen Lage bekräftigen den Status der Bundeswehr als <b>Parlamentsarmee</b> und unterstreichen die Rolle und Verantwortung des Bundestages.</p>	
<p><u>KV-Formulierung:</u></p> <p>Z. 7448-7449: „Wir betonen den Charakter der Bundeswehr als <b>Parlamentsarmee</b>. Sie unterliegt der <b>Kontrolle des Deutschen Bundestages</b> [...].“</p> <p>Z. 6903-6906: „Wir wollen, dass die Planungsprozesse innerhalb der EU effizienter abgestimmt und mit denen der NATO harmonisiert werden. <b>Auch im Rahmen dieser Kooperation bleibt die Bundeswehr eine Parlamentsarmee</b>. Wir werden weitere Schritte auf dem Weg zu einer ‚Armee der Europäer‘ unternehmen.“</p>	
<p><u>DBwV-Forderung:</u></p> <p>Verbesserung der <b>gesellschaftlichen Anerkennung der Bundeswehr</b>, stets dem ganzheitlichen Grundgedanken der <b>Inneren Führung</b> folgend. Die Wertschätzung und Anerkennung aller aktiven und ehemaligen Angehörigen sowie der Veteranen der Bundeswehr muss sichtbarer werden, die Teilkonzeption Wertschätzung und Anerkennung muss weiter verfolgt sowie die Erstellung eines Veteranenkonzepts forciert werden.</p>	
<p><u>KV-Formulierung:</u></p> <p>Z. 7526-7528: „Für den geleisteten Dienst aller Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr [...] gebührt diesen eine besondere <b>gesellschaftliche Anerkennung</b>. Dieser Dank gilt auch den zivilen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bundeswehr.“</p>	

<p><u>DBwV-Forderung:</u></p> <p><b>Stärkung der Inneren Führung</b> durch den Prozess „Innere Führung Heute“ als Quelle des Selbstverständnisses und der Führungskultur der Bundeswehr. Wiederherstellung der Voraussetzungen für das Führungsprinzip „Führen mit Auftrag“. Ebenengerechte Verantwortung und Handlungsfreiheit von Vorgesetzten kann durch ausreichende Ressourcen, Entbürokratisierung, aber auch Vertrauen der übergeordneten Führung zurückgewonnen und gestärkt werden.</p>	
<p><u>KV-Formulierung:</u></p> <p>Z. 7483-7485: „Das zentrale Leitbild der Inneren Führung und der Soldatin und des Soldaten als ‚Staatsbürger in Uniform‘ ist und bleibt Maßstab. Diese Fundamente wollen wir mit dem Prozess ‚<b>Innere Führung heute</b>‘ stärken.“</p>	

<p><u>DBwV-Forderung:</u></p> <p>Beschleunigte Bereitstellung moderner <b>Infrastruktur</b>, um die Unterbringung aller Soldaten – auch der nicht unterkunftspflichtigen – zu gewährleisten. Zudem ist schnellstens zu entscheiden, welche Liegenschaften im Bestand der Bundeswehr bleiben bzw. zurückgefordert werden sollen.</p>	
<p><u>KV-Formulierung:</u></p> <p>Z. 7510-7511: „Unterkünfte müssen bedarfsgerecht <b>auch für nicht unterkunftspflichtige</b> Soldatinnen und Soldaten bereitgestellt werden.“</p> <p>Z. 7530-7531: „<b>Infrastruktur</b> muss insgesamt schnell zur richtigen Zeit am richtigen Ort zur sachgerechten Aufgabenerfüllung zur Verfügung stehen.“</p> <p>Z. 7536-7539: „Vor einer [...] Abgabe von Liegenschaften der Bundeswehr werden wir [...] noch einmal den zukünftigen Bedarf prüfen. Unseren Bedarf werden wir auch in Hinblick auf Liegenschaften prüfen, deren Abgabe bereits vollzogen ist.“</p>	

DBwV-Forderung:

Zügigeres Erreichen der **materiellen Vollausrüstung** im Sinne der Grundaufstellung der Bundeswehr für die Landes- und Bündnisverteidigung – dazu gehört auch die **persönliche Ausrüstung**. Das **Vergabe- und Haushaltsrecht** ist entsprechend anzupassen. Es bedarf einer **Optimierung** der Vorgaben aus dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen sowie der Anwendung des Art. 346 AEUV.



KV-Formulierung:

Z. 7450-7454: „Damit die Bundeswehr die ihr erteilten Aufträge [...] erfüllen kann, werden wir [...] die **bestmögliche Ausrüstung** [...] zur Verfügung stellen – dies gilt insbesondere auch für den Bereich der **persönlichen Ausrüstung**.“

Z. 7456-7458: „Hierzu werden wir die [...] eingeleiteten **Trendwenden** Personal, **Material** und Finanzen **konsequent fortführen**. Dabei erfordert die sicherheitspolitische Lage eine **stärkere Akzentuierung der Landes- und Bündnisverteidigung**.“

Z. 7547-7551: „Ein transparentes, effektives und in seinen Prozessen optimiertes Rüstungswesen ist die **Grundlage für die bestmögliche Ausrüstung** [...]. Wir werden [...] dabei für eine **Beschleunigung der Prozesse, insbesondere des Beschaffungswesens**, sorgen.“

Z. 7560-7562: „Wir werden neben der **Sicherstellung der nachhaltigen Finanzierung** der Bundeswehr die notwendigen Voraussetzungen schaffen zur Gewährleistung überjähriger Planungs- und Finanzierungssicherheit für Rüstungsinvestitionen.“

Z. 7568-7576: „Um den Bedarf für Einsätze bzw. einsatzgleiche Verpflichtungen schneller decken zu können, werden wir Auslegungshilfen für den Verzicht auf den EU-weiten Teilnahmewettbewerb [...] zur Verfügung stellen. Zum Erhalt nationaler Souveränität bei Schlüsseltechnologien werden wir bestehende **vergaberechtliche Spielräume konsequenter** nutzen, Auslegungshilfen zur Verfügung stellen und prüfen, inwieweit der Ausnahmetatbestand des **Art. 346 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union** in der Beschaffungspraxis stärker herangezogen werden kann. Wir werden darüber hinaus **notwendige gesetzliche Anpassungen** vornehmen.“